

Resolution vom Kongress 2012 des Mouvement Ecologique

Durch Einführung des „congé associatif“ gesellschaftspolitisches ehrenamtliches Engagement aufwerten

2011 war das Europäische Jahr des Ehrenamtes. Leider wurde dieser Anlass in Luxemburg nicht dafür genutzt, Verbesserungen zur Stärkung des Ehrenamtes durchzuführen.

Im Gegenteil: Ein vorliegender Reformentwurf des Gesetzes betreffend die Vereinigungen ohne Gewinnzweck („asbl“) wurde von einem Bündnis von Nicht-Regierungsorganisationen kritisch hinterfragt. Seitdem liegt er auf Eis, obwohl die Reform des veralteten Gesetzes von 1928 dringend geboten wäre, um das Gesetz heutigen Anforderungen anzupassen und die Arbeit der Organisationen zu erleichtern, und nicht – wie im Gesetzesentwurf vorgesehen – zu erschweren.

2011 – im Jahr des Ehrenamtes – legte ein Bündnis von Nicht-Regierungsorganisationen zudem eine gemeinsame Stellungnahme vor, um die Einführung des „congé associatif“ einzufordern. Dieser ist eine Voraussetzung für eine substantielle Verbesserung des ehrenamtlichen Engagements.

Ein Echo der politischen Parteien auf diesen Vorschlag war nicht erkennbar, mit Ausnahme der Aussage der zuständigen Familienministerin, die Sinn und Zweck dieser Forderung nicht erkannte und auf bestehende Instrumente, wie z.B. den „congé sportif“ verwies.

Angesichts der Tatsache, dass

- das heutige Gesetz betreffend die Vereinigungen ohne Gewinnzweck (asbl) den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht wird;
- neben dem Engagement in kulturellen, sportlichen Vereinigungen, die z.T. über spezielle Freistellungsmöglichkeiten verfügen, auch gesellschaftspolitisches Engagement gefördert werden muss: Unser Land braucht, angesichts der großen Herausforderungen auch eine starke Zivilgesellschaft, die in die notwendige Zukunftsdebatte eingebunden wird und konstruktive Lösungsvorschläge einbringen kann;
- es derzeit berechtigterweise eine Freistellung für sportliches Engagement, verschiedene Formen des sozialen Engagements (z.B. für Feuerwehrleute) gibt bzw. den „congé éducation“, nicht aber generell für gesellschaftliches Engagement;
- viele offizielle Sitzungen in und mit Ministerien, von beratenden Gremien, offiziellen Arbeitsgruppen zu EU- und Nachhaltigkeits-Themen u.a.m. überwiegend in den normalen Arbeitszeiten stattfinden und eine Mitarbeit von ehrenamtlich engagierten Verantwortlichen bzw. Fachbearbeitern der Vereinigungen entsprechend sehr erschwert wird, in erster Linie auch gegenüber ihrem Arbeitgeber;

- ein erster Entwurf des Abgeordneten A. Bodry zur Einführung eines „congé associatif“ aus dem Jahre 2000 vorliegt, der eine interessante Basis liefert, jedoch überarbeitet werden müsste.

fordert der Kongress 2012 des Mouvement Ecologique die Regierung sowie die politischen Parteien erneut auf

- das veraltete Asbl-Gesetz zu reformieren um gesellschaftspolitisch engagierte Organisationen zu stärken und deren Arbeit und Engagement zu erleichtern;
- sich eindeutig zur Einführung eines „congé associatif“ zu bekennen, dies für Verantwortliche der Nicht-Regierungsorganisationen, die u.a. an offiziell einberufenen Sitzungen; Presseterminen o.ä. teilnehmen;
- endlich den notwendigen Dialog mit den Nicht-Regierungsorganisationen aufzunehmen sowie ein entsprechendes Gesetzesprojekt vorzulegen.

Es gibt noch immer viele Menschen in der Gesellschaft, die sich - auf ehrenamtlicher Ebene - gesellschaftspolitisch engagieren möchten, es gilt jedoch die Voraussetzungen hierzu zu verbessern!